



1 / 18.1.2021

## Landesbeauftragter: Stellung beziehen gegen extreme Ausgrenzung!

**Zu Diskussionen über einen Straßennamen in Büdelsdorf bezieht der Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderung, Ulrich Hase Stellung: "Jede Toleranz gegenüber menschenverachtenden Ideologien muss in Frage gestellt werden. Jemand, der für solche Ideen steht, darf heute kein Namensgeber für eine Straße bleiben."**

Der Straßename „Gustav-Frenssen-Straße“ in Büdelsdorf steht in der Kritik.

Gustav Frenssen war ein Dichter, der in der Nazi-Zeit eine Position eingenommen hat, die mit demokratischen Grundzügen und Menschenwürde nicht in Einklang zu bringen ist. Gustav-Frenssen war ein Ideologe und für Antisemitismus, für Rassenwahn und für Tötung von Menschen mit Behinderungen. Frenssen hat sich nach unstrittigen Forschungsergebnissen in seinen Schriften für die Vernichtung "unwerten Lebens" eingesetzt und damit den geistigen Boden für die Ermordung unschuldiger Menschen in der NS-Diktatur bereitet.

Die Diskussion über den Straßennamen sollte Anlass zum Nachdenken geben, wie sich unsere Gesellschaft entwickelt und verändert hat, seitdem diese Namensgebung in ihrer Zeit für angemessen gehalten wurde.

„Ich unterstütze jede Initiative, die sich gegen das Vergessen von menschenverachtenden Positionen stellt wie die der Vernichtung unwerten Lebens“, so Hase.

In dem Bewusstsein, dass sich jemand so menschenverachtend geäußert hat und dafür durch die Benennung einer Straße nach ihm geehrt wurde, sollte genau diese Ehrung in Frage stehen. Eine Stadt hat daher nicht nur das Recht sondern die Pflicht sich kritisch mit ihren Ehrungen auseinanderzusetzen und die Rücknahme der Ehrung an dieser Stelle zu betreiben. „Ich wünsche mir, dass die Diskussion nicht von Fragen zu den Folgen der Umbenennung für die Stadtkasse, Beschilderung oder von Dokumenten überfrachtet wird, sondern sich mit dem Zeichen beschäftigt, das eine Wertschätzung des Dichters und der von ihm vertretenen Ideologie setzt,“ so abschließend Hase.